

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2007

Nr. 353

ausgegeben am 21. Dezember 2007

Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein betreffend die Wahrnehmung der Aufgaben des liechtensteinischen Sicherheitsfonds

Abgeschlossen in Bern am 19. Dezember 2006

Zustimmung des Landtags: 26. April 2007

Inkrafttreten: 24. April 2008¹

Der Schweizerische Bundesrat
und
die Regierung des Fürstentums Liechtenstein,
eingedenk der althergebrachten Freundschaft zwischen der Schweiz und
dem Fürstentum Liechtenstein,
eingedenk der engen vertraglichen Beziehungen im Bereich der Sozialen
Sicherheit, namentlich des Abkommens vom 8. März 1989 zwischen der
Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein
über Soziale Sicherheit (mit Schlussprotokoll), mit Verwaltungsvereinbarung
vom 16. März 1990, Erstem Zusatzabkommen vom 9. Februar 1996
und Zweitem Zusatzabkommen vom 29. November 2000, sowie des Übereinkommens
vom 9. Dezember 1977 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
dem Fürstentum Liechtenstein, der Bundesrepublik Deutschland und der Republik
Österreich im Bereich der Sozialen Sicherheit,
angesichts der bestehenden Gleichwertigkeit der gesetzlichen Bestimmungen
über die berufliche Vorsorge im Allgemeinen und betreffend die Errichtung
und die Aufgaben eines Sicherheitsfonds in der Schweiz und im Fürstentum
Liechtenstein im Besonderen,

aufgrund des Bestrebens Liechtensteins, für die Sicherstellung der gesetzlichen und reglementarischen Leistungen von zahlungsunfähig gewordenen Vorsorgeeinrichtungen und für die Funktion der Zentralstelle 2. Säule die liechtensteinischen Vorsorgeeinrichtungen dem schweizerischen Sicherheitsfonds (Stiftung Sicherheitsfonds BVG) anzuschliessen, sind wie folgt übereingekommen:

Art. 1

Anschluss der Vorsorgeeinrichtungen

1) Die Aufgaben des liechtensteinischen Sicherheitsfonds werden durch die Stiftung Sicherheitsfonds BVG wahrgenommen.

2) Die Vorsorgeeinrichtungen gemäss Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge (BPVG), LGBL 1988 Nr. 12, LR 831.40, sowie gemäss Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal (PVG), LGBL 1989 Nr. 7, LR 174.40, werden der Stiftung Sicherheitsfonds BVG den schweizerischen Vorsorgeeinrichtungen gleichberechtigt angeschlossen. Diese Vereinbarung begründet nur Leistungen des Sicherheitsfonds für Vorsorgeansprüche von Personen, die dem liechtensteinischen BPVG unterstehen.

3) Das Verfahren und die Zuständigkeiten für den Vollzug nach Abs. 1 einschliesslich der Rechtsmittel richten sich nach schweizerischem Recht. Die entscheidende schweizerische Behörde hört vorgängig die Finanzmarktaufsicht (FMA) Liechtenstein an.

4) Gerichtsstand für Streitigkeiten zwischen der Stiftung Sicherheitsfonds BVG und den liechtensteinischen Vorsorgeeinrichtungen bzw. den Arbeitgebern, Anspruchsberechtigten oder Personen, die für die Zahlungsunfähigkeit der Vorsorgeeinrichtung oder des Versichertenkollektivs ein Verschulden trifft, ist der Sitz der Stiftung Sicherheitsfonds BVG.

Art. 2

Aufgaben der Stiftung Sicherheitsfonds BVG

1) Die Stiftung Sicherheitsfonds BVG:

- a) stellt die gesetzlichen Leistungen von zahlungsunfähig gewordenen oder im Falle von vergessenen Guthaben liquidierten Vorsorgeeinrichtungen mit Sitz in Liechtenstein sicher;
- b) stellt die über die gesetzlichen Leistungen hinausgehenden reglementarischen Leistungen von zahlungsunfähig gewordenen Vorsorgeeinrich-

tungen mit Sitz in Liechtenstein sicher, soweit diese Leistungen auf Vor-
sorgeverhältnissen beruhen, auf die Art. 11 BPVG anwendbar ist;

c) fungiert als Zentralstelle 2. Säule für die Koordination, die Übermittlung
und die Aufbewahrung der Angaben betreffend Freizügigkeitskonti
oder -policen, die noch nicht geltend gemacht worden sind.

2) Die Sicherstellung nach Abs. 1 Bst. b umfasst höchstens die Leis-
tungen, die sich aufgrund des massgebenden Lohnes nach Art. 6 Abs. 2
BPVG ergeben. Die Obergrenze liegt bei der anderthalbfachen Höhe des
oberen Grenzbetrages nach Art. 6 Abs. 3 Satz 2 BPVG. Sie umfasst jedoch
keinesfalls höhere Leistungen als nach Art. 56 Abs. 2 des Bundesgesetzes
über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG),
[SR 831.40.](#)

3) Liechtensteinische Vorsorgeeinrichtungen sowie die ihnen ange-
schlossenen Arbeitgeber und Versicherten werden bei der Erfüllung der
durch die Stiftung Sicherheitsfonds BVG wahrgenommenen Aufgaben den
schweizerischen Vorsorgeeinrichtungen gleichgestellt. Die Stiftung Sicher-
heitsfonds BVG erfüllt diese Aufgaben nach Massgabe des schweizerischen
Rechts.

Art. 3

Beiträge

1) Die liechtensteinischen Vorsorgeeinrichtungen zahlen die gleichen
Beiträge an die Stiftung Sicherheitsfonds BVG wie die schweizerischen
Vorsorgeeinrichtungen, mit Ausnahme der Beiträge für Zuschüsse wegen
ungünstiger Altersstruktur und für die Entschädigung an die Ausgleichs-
kassen.

2) Die Erhebung der Beiträge der liechtensteinischen Vorsorgeeinrich-
tungen erfolgt in gleicher Weise wie in der Schweiz.

Art. 4

Amtshandlungen

Die FMA wird über geplante Amtshandlungen der Stiftung Sicherheits-
fonds BVG und schweizerischer Behörden auf liechtensteinischem Territo-
rium, welche sich nach Massgabe des durch diese Vereinbarung anwend-
baren schweizerischen Rechts ergeben, vorgängig informiert. Sie kann sich
bei der Durchführung dieser Amtshandlungen beteiligen.

Art. 5

Meldung durch die FMA

Die FMA meldet der Stiftung Sicherheitsfonds BVG die liechtensteinischen Vorsorgeeinrichtungen nach Massgabe des schweizerischen Rechts.

Art. 6

Meldepflicht der Vorsorgeeinrichtungen

Die liechtensteinischen Vorsorgeeinrichtungen melden der Stiftung Sicherheitsfonds BVG die für die Berechnung der Beiträge notwendigen Grundlagen.

Art. 7

Zentralstelle 2. Säule

1) Liechtensteinische Vorsorgeeinrichtungen oder Einrichtungen, die Freizügigkeitskonti oder -policen führen, melden der Zentralstelle 2. Säule vergessene Guthaben gemäss Art. 20 Abs. 5 BPVG und überweisen die Guthaben gemäss Art. 18a Abs. 4 BPVG an die Stiftung Sicherheitsfonds BVG.

2) Die FMA hat Einsicht in das durch die Zentralstelle 2. Säule geführte Register der vergessenen Guthaben.

3) Die liechtensteinische Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) arbeitet mit der Zentralstelle 2. Säule zur Identifikation und Lokalisierung der Berechtigten von vergessenen Guthaben zusammen. Sie übermittelt der Zentralstelle 2. Säule die zur Durchführung ihrer Aufgaben notwendigen Angaben.

Art. 8

Anerkennung und Vollstreckung von Rechtstiteln

1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der schweizerischen Gerichte sowie die vollstreckbaren Verfügungen (Urkunden) der zuständigen schweizerischen Stellen über Beiträge, Leistungen oder andere Forderungen, die in Anwendung dieser Vereinbarung ergehen, werden in Liechtenstein anerkannt.

2) Die nach Abs. 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden in Liechtenstein vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach dem liechtensteinischen Recht. Die Ausfertigung

der zu vollstreckenden Entscheidung oder Urkunde muss mit einer Rechtskraftbescheinigung versehen sein.

Art. 9

Anwendbares Recht

1) Das nach Massgabe dieser Vereinbarung im Fürstentum Liechtenstein anwendbare schweizerische Recht ist in der Anlage zu dieser Vereinbarung aufgeführt. Die Anlage bildet Bestandteil dieser Vereinbarung.

2) Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) informiert die FMA möglichst frühzeitig über vorgesehene Ergänzungen und Änderungen. Diese werden in die Anlage aufgenommen, nachdem darüber zwischen dem BSV und der FMA schriftliches Einvernehmen erzielt worden ist.

3) Die FMA informiert das BSV möglichst frühzeitig über vorgesehene Änderungen des für diese Vereinbarung massgeblichen liechtensteinischen Rechts. Die Änderungen werden auf diese Vereinbarung anwendbar, nachdem darüber zwischen dem BSV und der FMA schriftliches Einvernehmen erzielt worden ist.

Art. 10

Kündigung

Diese Vereinbarung kann von jeder Vertragspartei jederzeit unter Wahrung einer Frist von zwölf Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden.

Art. 11

Inkrafttreten

Diese Vereinbarung wird ab dem 1. Januar 2007 vorläufig angewendet. Sie tritt in Kraft, sobald sich die Vertragsparteien den Abschluss der für das Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Verfahren mitgeteilt haben.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diese Vereinbarung unterzeichnet.

Geschehen zu Bern, am 19. Dezember 2006, in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für den Schweizerischen

Für die Regierung des

Bundesrat:

gez. Pascal Couchepin

Fürstentums Liechtenstein:

gez. Klaus Tschütscher

Anlage²

Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der
Regierung des Fürstentums Liechtenstein betreffend die Wahrneh-
mung der Aufgaben des liechtensteinischen Sicherheitsfonds

| SR Nr. | Erlass | BS/AS |
|---------|--|--|
| 173.110 | Bundesgesetz über das Bundesgericht (BGG) (ganzes Gesetz) | 2006 1205 2006 1069 2006 2003 2006 4213 2006 5599 2007 737 2008 3437 2008 5207 2010 513 2010 1739 2010 1881 2010 3267 2011 725 2011 925 2011 2241 2011 4627 2012 941 2012 4993 2012 5619 2013 231 2013 1493 2013 1603 2013 3463 2013 3863 2014 357 2014 2309 2015 3205 2015 9 2015 5339 2016 689 2016 4651 2017 753 2017 3097 2017 5769 2017 6839 2020 641 2020 4179 |

| | | |
|--------|--|-----------|
| | | 2021 703 |
| | | 2022 43 |
| | | 2022 289 |
| | | 2023 468 |
| | | 2023 491 |
| | | 2023 804 |
| 173.32 | Bundesgesetz über das Bundesverwaltungsgericht (VGG) (ganzes Gesetz) | 2006 2197 |
| | | 2006 1069 |
| | | 2006 4213 |
| | | 2006 5247 |
| | | 2008 2049 |
| | | 2008 5207 |
| | | 2010 513 |
| | | 2010 3267 |
| | | 2011 275 |
| | | 2011 2241 |
| | | 2011 4627 |
| | | 2011 6515 |
| | | 2012 941 |
| | | 2012 3745 |
| | | 2012 5619 |
| | | 2012 5647 |
| | | 2013 1603 |
| | | 2014 4073 |
| | | 2014 4103 |
| | | 2015 3847 |
| | | 2016 689 |
| | | 2016 1803 |
| | | 2016 2131 |
| | | 2017 2745 |
| | | 2017 4095 |
| | | 2017 7563 |
| | | 2018 3575 |
| | | 2019 3199 |
| | | 2020 1889 |
| | | 2020 4085 |
| | | 2021 68 |
| | | 2022 491 |
| 831.40 | Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinter- lassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) <i>anwendbar</i> sind Art. 8 Abs. 1, Art. 41 Abs. 3-8, Art. 52 Abs. 1 und 2, Art. 56 Abs. 1 Bst. b, c, f und Abs. 2-6, Art. 56a, Art. 59, Art. 65d Abs. 1, Art. 73 Abs. 1 Bst. d und Abs. 2 | 1983 797 |
| | | 1996 3067 |
| | | 1998 1573 |
| | | 1999 1384 |
| | | 2002 685 |
| | | 2004 1677 |
| | | 2004 4635 |
| | | 2005 1429 |
| | | 2006 2197 |
| | | 2007 1803 |
| | | 2008 4725 |

| | | |
|-----------|---|---|
| | | 2010 4587 |
| | | 2011 3385 |
| | | 2011 3393 |
| | | 2012 6347 |
| | | 2014 3343 |
| | | 2018 3537 |
| | | 2018 5343 |
| | | 2020 4621 |
| | | 2022 609 |
| | | 2023 254 |
| | | 2023 680 |
| | | 2023 688 |
| | | 2024 469 |
| 831.42 | Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Freizügigkeitsgesetz, FZG) <i>anwendbar</i> sind Art. 24a und Art. 24b in der Fassung vom 01.01.2012 sowie Art. 24c-24f | 1999 1384 2015 4299 2021 758 2023 92 |
| 831.425 | Verordnung über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Freizügigkeitsverordnung, FZV) <i>anwendbar</i> sind Art. 19a ^{bis} -19f in der Fassung vom 01.01.2013 | 1998 1662 1999 1773 2004 4279 2004 4937 2010 4431 2011 3435 |
| 831.432.1 | Verordnung über den Sicherheitsfonds BVG <i>anwendbar</i> sind Art. 1-13, Art. 14 Abs. 1 ^{bis} und Abs. 2, Art. 16, Art. 17 Abs. 2-5, Art. 18-20, Art. 24-26a | 1998 1662 1999 1773 2004 4279 2011 3435 2023 750 |
| 831.441.1 | Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2) <i>anwendbar</i> ist Art. 5 | 2006 4159 2008 4725 2010 4587 2012 6347 2014 3343 2018 3537 2020 4621 2022 609 2024 469 |

1 Kundgemacht durch [LGBL 2009 Nr. 154](#); vorläufig angewendet seit 1. Januar 2007.

2 Anlage abgeändert durch [LGBL 2025 Nr. 293](#).